

Der Briefetal-Bote erscheint
Dienstag, Donnerstag, Sonn-
abend und Sonntag. Der
Bezugspreis beträgt monatlich
1,30 RM, zusätzlich Beheft-
gebühr. Die einzelne Nummer
kostet 10 Pfennig.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Ge-
schäftsstelle Birkenwerder,
Bahnhofs-Allee 5 und von
allen Anzeigen-Expeditionen
angenommen. Die neugepalte-
ne Beilage kostet 25 Pfennig,
die Reflektierte 1 RM.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen
Neuendorf, Borgsdorf,
Briese, Lehnitz, Stolpe



für Bergfelde, Schönfließ
Frohnau, Summt
und Umgegend

Fernsprecher: Amt Birkenwerder 2005

Telegr.-Adr.: Briefetalbote Birkenwerder

Amtsblatt für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ.

Nr. 195

Fernsprecher Amt Birkenwerder 2005

Donnerstag, den 11. Dezember 1930

Postfachkonto Berlin 62 448

29. Jahrg

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Die Auszahlung der Zulagenanteile an Kriegshinterbliebene und Kriegsbefähigte sowie der Sozial- und Kleinrentnerunterstützungen erfolgt am Donnerstag, dem 11. Dezember, in der Zeit von 8 bis 12 Uhr in der Gemeindekasse.

1. Nachtrag zum Ortsstatut vom 10. Oktober 1892.
Auf Grund des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 25. September 1930 und des § 12 des Gesetzes betreffend die Anlage und Veränderung von Straßen und Wegen vom 2. Juli 1875 (Stichtagsgesetz) wird zu dem oben bezeichneten Ortsgesetz folgender Nachtrag erlassen:

§ 2 des vorbenannten Ortsgesetzes wird wie folgt geändert: Ausnahmen können im einzelnen Fall, wenn der Bauunternehmer seinen Anteil an den überschlägig zu ermittelnden, den angrenzenden Eigentümern nach § 3-5 zur Last fallenden Kosten der Straßenanlage bar oder in monatlichen Raten unter angemessener Sicherstellung zahlt, von dem Gemeindevorsteher im Einverständnis der Gemeindevertretung und unter Zustimmung des Amtsvorstehers bewilligt werden. Die getätigten Zahlungen werden ohne Berechnung von Zinsen auf den endgültig festgesetzten Anlagebetrag verrechnet.
Birkenwerder, den 30. September 1930.
Der Gemeindevorsteher. **Blank**

Genehmigt:
Potsdam, den 11. November 1930.
Der Bezirksausw. ges. Unterschrift.
B. 6040 (L. S.)
Veröffentlicht:
Birkenwerder, den 3. Dezember 1930.
Der Gemeindevorsteher. **Blank**
(L. S.)

Der Gemeindevorsteher Borgsdorf.

Die Ausgabe der Steuerkarten für das Jahr 1931 erfolgt vom Donnerstag, dem 11. Dezember 1930, ab im hiesigen Gemeindebüro während der Dienststunden von 8 bis 12 Uhr.

Die Volksbücher ist durch Erwerb verschiedener Bücher und Werke vervollständigt worden und wird dem lesehungrigen Publikum hiermit erneut zur Benutzung empfohlen. Ausgabe Montags vorm. von 10 bis 12 Uhr.

Borgsdorf, den 10. Dezember 1930.
Der Gemeindevorsteher. **Seelehd.**

Der Gemeindevorsteher Bergfelde.

Der Werkmeister Fritz Meyer hat sein Amt als Gemeindevorsteher niedergelegt. Als Nachrückender wurde der Monteur Wilhelm Maschke gewählt.

Die Hundsteuerliste für das zweite Halbjahr (Oktober 1930-März 1931) liegt in der Zeit vom 10. bis einschließlich 24. d. Mts. im hiesigen Gemeindebüro während der Dienststunden von 8 bis 12 Uhr zur Einsicht aus. Einwürfe gegen die Heranziehung zur Hundsteuer sind binnen vier Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist bei mir anzubringen.

Gleichzeitig fordere ich nochmals zur Zahlung der restlichen Hundsteuern auf, da in Kürze Zwangsbeitreibung erfolgt.
Bergfelde, den 10. Dezember 1930.
Der h. Gemeindevorsteher. **Ciechowski**

Der Gemeindevorsteher Schönfließ.

Zur Beratung der hierunter angegebenen Tagesordnung werden die Mitglieder der Gemeindevertretung hiermit zu einer Sitzung am Montag, den 15. Dezember d. J., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Schirmer unter dem Hinweis eingeladen, daß die Nichtanwesenheit an die gestellten Beschlüsse gebunden sind.

Tagesordnung:
1. Betr. Straßenbeleuchtung.
2. Verschiedenes.

Am nächsten Sonntag, dem 14. Dezember 1930, in der Zeit von 12 bis 13 1/2 Uhr, wird der Steuerheber in seiner Wohnung die nachfolgenden Steuern zum Einzug bringen:

1. Hauszinssteuer pro Dezember 1930,
 2. Hundsteuer, 2. Hälfte 1930,
 3. Kirchensteuer, 2. Hälfte 1930.
- Schönfließ, den 10. Dezember 1930.
Der Gemeindevorsteher. **Vemcke**

Keine Weihnachtstriebe

Das Ergebnis der Reichstagsabstimmungen.

Berlin, 10. Dezember.

Das Ergebnis der mit Spannung erwarteten Reichstagsabstimmungen am Dienstag war, daß die Reichsregierung sich dem Parlament gegenüber erneuert durchgesetzt hat. Die außenpolitische Debatte ist in die Zeit nach der Genfer Tagung, also auf Anfang Februar, hinausgeschoben worden. Es ist dem Druck, der von mehreren Seiten auf die Christlichsozialen ausgeübt wurde, gelungen, auch sie zum Einlenken zu bewegen, und selbst die Wirtschaftspartei, die noch vor wenigen Tagen ein Mißtrauensvotum eingebracht hatte, hat sich jetzt bereit gefunden, im Sinne der Regierungswünsche zu stimmen. Zu dieser Entwicklung dürften nicht zuletzt auch die Bemühungen des Oberpräsidenten Lutz-Scheffers beigetragen haben, der im Reichstag nicht ohne Erfolg versucht hat, den Abgeordneten die schwierige Situation in Oberschlesien klar zu machen.

Deutscher Reichstag

Debatte über das Pensionsstärkungsgesetz

Auf der Tagesordnung der Reichstagsitzung am Dienstag steht die 1. Lesung des Pensionsstärkungsgesetzes.

Abg. Rohmann (Soz.): Die Denkschrift der Reichsregierung über die Pensionsstärkung beweist, daß die meisten Empfänger von Pensionsleistungen bis zu 19 000 Mk. gerade die geschworenen Feinde der Republik sind. Die Sozialdemokraten verlangen die Ausdehnung dieser Denkschrift auf die Länder. Die Sozialdemokratie hat in wiederholten Anträgen eine Kürzung der Pensionsleistungen bei den Doppelverdienern verlangt. Der vorliegende Entwurf entspricht nicht in allen Punkten unseren Wünschen. Wir wollten nicht die wohlverdienenden Beamten der Masse der Beamten angreifen. Es ist aber bei der herrschenden Notlage nicht erträglich, daß Großpensionäre auch dann alljährlich große Summen vom Reich und von den Ländern erhalten, wenn sie ein hohes Privateinkommen haben. Eine allgemeine Pensionshöchstgrenze muß festgelegt werden.

Abg. Sprenger (Nat.-Soz.): Der Verrat von 1918 war gar keine Revolution, sondern eine Schiebung, mit der die Sozialdemokraten ihre Parteibasis in Beamtenstellungen unterbringen wollten. Der hohe Pensionsersatz ist von den Parteien selbst verschuldet durch den viel zu weitgehenden Beamtenabbau. Den kleinen Beamten will man die Pensionen kürzen, aber nichts geschieht gegen die eigentlichen Hochverdiener, die ihr Kapital ins Ausland verschoben haben.

Abg. Laverenz (Dn.): Diese Vorlage ist ein typisches Kind des Marxismus. Die alten pensionierten Offiziere haben sich doch ihre Pension verdient, sie zahlen ihre Steuern, und sie haben auch das Recht der freien Meinungsäußerung. Der vorliegende Entwurf versucht in empfindlicher Weise in die verfassungsmäßigen Rechte der Beamten einzugreifen. Eine Verschlechterung der Versorgungsverhältnisse gegenüber dem bisherigen Zustand lehnen wir ab.

Abg. Torgler (Komm.): Der frühere Staatssekretär Dr. Graf von Posadowsky-Wehner bekommt eine Jahrespension von über 24 000 Mk., ebenfalls der frühere Reichsminister Koch-Weser. Der Kriegs-Reichsminister Dr. Michaelis bekommt eine Pension von 27 500 Mk. (hört! hört!). Der volksparteiliche Abg. Dr. Schulz bekommt eine Ministerpension von 13 368 Mk. und dazu eine Oberbürgermeisterpension von 9720 Mk. (hört! hört!). Der nationalsozialistische Abg. Ritter v. Epp bezieht jährlich 11 402 Mk. Pension (hört! hört!). Wir verlangen die Festsetzung einer Höchstpension von 6000 Mk.

Abg. Dr. Krone (3.): In einer Zeit der allgemeinen Not müssen Opfer von allen Schichten gebracht werden. Wir dürfen auch an den zu hohen Pensionen nicht vorbeigehen. Dabei wollen wir die wohlverdienenden Beamten der breiten Masse der Beamtenschaft nicht verletzen. Wir haben schon vor mehreren Jahren eine Höchstpensionsgrenze gefordert. Wir begrüßen darum den vorliegenden Gesetzentwurf. Der vorliegende Entwurf geht uns in manchen Punkten doch nicht weit genug. Wir halten es für notwendig, daß verheiratete Beamtinnen mit einer Abfindung entlassen werden, damit die Doppelverdiener aufhören.

Abg. Marath (Dn.): Wir lehnen die Vorlage ab, wie wir das immer getan haben. Auch von den Freunden eines solchen Gesetzes wird zugegeben, daß der finanzielle Effekt nur gering ist.

Abg. Rauch (München, Bayer. Vp): In einer Zeit der größten Arbeitslosigkeit geht es nicht an, daß die Empfänger von Pension und Wartegeld andere Menschen vom Arbeitsplatz verdrängen. Das wollen wir verhindern. Der vorliegende Entwurf geht aber weit darüber hinaus. Wir werden uns im Ausschuss gegen alle die Bestimmungen wenden, die über den Zweck, den Doppelverdienern ein Ende zu machen, hinausgehen.

Gegen 6 Uhr wird die Aussprache unterbrochen, weil die am Sonnabend zurückgestellten

Abstimmungen zur Notverordnung

In namentlicher Abstimmung wird zunächst ein kommunistischer Antrag auf Streichung der Deduktionsmaßnahmen aus der Juli-Notverordnung mit 294 gegen 202 Stimmen abgelehnt.

Der weitere kommunistische Antrag, der eine Höchstgehaltsgrenze für Beamte von 8000 Mark und eine Höchstpensionsgrenze von 6000 Mark einführen will, wird mit 454 gegen 67 Stimmen abgelehnt.

Mit 319 gegen 197 sozialdemokratische und kommunistische Stimmen wird dann der kommunistische Antrag abgelehnt, der hohe Vermögens-, Einkommen-, Dividenden- und Liegenschafts-Sondersteuern fordert.

Auch die übrigen kommunistischen Anträge auf Veränderung der Juli-Notverordnung werden abgelehnt, so u. a. mit 354 gegen 162 Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten der Antrag, die Veränderung der Arbeitslosenversicherung wieder rückgängig zu machen. Die kommunistischen

Anträge, die die Krankenschein-Gebühr wieder beseitigen und als Krankenversicherungspflichtig auch Erwerbslose, Rentner, Pensions- und Unterstützungsempfänger bestimmen wollen, werden gegen die Antragsteller und die Nationalsozialisten abgelehnt. Angenommen werden einige Ausschuss-Entscheidungen, die eine Änderung der Kranken-Versicherung und des Versorgungswesens fordern. Die Annahme erfolgt gegen die hinter der Regierung stehenden Parteien.

Einmütig angenommen werden die verschiedenen Anträge, die die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die Roggenstijfung verlangen. Die übrigen Landwirtschaftsanträge gehen an den Volkswirtschaftsausschuss.

Die Vorlage über die Erstattung von Kriegswohlfahrtsausgaben wird dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Keine außenpolitische Debatte

Als der Reichspräsident beantragte, auf die Tagesordnung der Mittwochssitzung neben kleineren Anträgen und Vorlagen die Fortsetzung der Aussprache über das Pensionsstärkungsgesetz zu setzen, wurde von den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen mit Unterstützung der Kommunisten beantragt, in der Mittwochssitzung über die Außenpolitik zu debattieren. Es entspann sich zum Schluß eine rego Geschäftsordnungsdebatte.

Schließlich wurde der Antrag, eine außenpolitische Debatte stattfinden zu lassen, gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Das Haus vertagte sich am Sonnabend vormittag.

Endlich Schluß in Genf

Das Finale der Abrüstungskonferenz.

Genf, 10. Dezember.

Die Schlußsitzung des Abrüstungsausschusses, die unter großem Andrang des Publikums und der Presse stattfand, begann mit einer grundsätzlichen Erklärung des sowjetischen Delegierten Lunatscharski, der die Arbeit des Ausschusses einer schonungslosen Kritik unterzog und sich dabei im wesentlichen auf das bereits vor einigen Tagen veröffentlichte Memorandum der russischen Delegation stützte. Er beantragte, das sowjetische Memorandum dem Bericht an den Völkerbundrat als Anhang beizufügen.

Der Vorsitzende Landon erklärte, er sei nicht in der Lage, dem Bunde Lunatscharski zu entsprechen. Müllig-Franz sprach sich gleichfalls dagegen aus, während Graf Bernstorff darauf hinwies, daß es in jedem Ausschuss üblich sei, der Widerheit die Möglichkeit eines eigenen Berichtes zu geben. Es wurde darauf beschlossen, die Erklärungen Lunatscharskis im Zusammenhang mit dem Protokoll der Sitzung den Regierungen zuzuleiten.

Lord Cecil verteidigte seine im letzten Abschnitt der Tagung von den verschiedensten Seiten stark kritisierte Haltung. Der von dem Ausschuss aufgestellte Entwurf sei ein Rahmen, dessen Ausfüllung der Abrüstungskonferenz obliege. Innerhalb dieses Rahmens könnte ein großer Fortschritt erzielt werden.

Mit großer Aufmerksamkeit wurde der Vertreter der Vereinigten Staaten, Gibson, angehört, der im Gegenatz zu Lord Cecil die Ergebnisse der Beratung des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses ziemlich kühl beurteilte und meinte, die Delegierten hätten keinen Anlaß, sich gegenseitig Glückwünsche auszusprechen. Der von dem Ausschuss aufgestellte Entwurf erfülle durchaus nicht die Erwartungen, die man bezüglich einer Verminderung der Abrüstungen früher gehabt hätte. Die Delegierten hätten die Pflicht, ihre Regierungen über die Unzulänglichkeit des Konventionstextes aufzuklären.

Großem Interesse begegneten sodann die Ausführungen des deutschen Delegierten Graf Bernstorff, der folgendes erklärte:

Sie haben aus den Referaten, die ich gemacht habe, ersehen, daß und warum ich bei meiner Kritik des Entwurfes beharren muß und daß im Einklang mit dieser Kritik die deutsche Regierung den Entwurf ablehnt, weil es nach ihrer Ansicht die schwersten grundsätzlichen Mängel und Unterlassungen aufweist. Die Völker haben einen sicheren Instinkt für Realitäten. Sie werden sich diesen Sinn durch schöne Worte nicht trüben lassen, vielmehr in diesem komplizierten Vertragswerk das wesentlichste, den starken Willen zur Abrüstung, vermissen.

Die Arbeit der Kommission ist nunmehr beendet und der Blick der Völker ruht auf der kommenden Konferenz. Die historische Aufgabe der Konferenz wird es sein, das Programm in ganz anderer Weise anzufassen, als das bisher geschehen ist und so den Gedanken einer wirklichen Sicherung des Friedens durch die Tat zu verwirklichen. Sie wird diese Aufgabe nur dann lösen können, wenn sie sich getragen fühlt von der öffentlichen Meinung der Welt. In diesem Punkte stimme ich mit Lord Cecil überein. Ich kann daher heute nur noch einmal den dringenden Appell an die Völker richten, dafür zu sorgen, daß ihre Regierungen diese Aufgabe jetzt endlich erkennen und vor ihr nicht weichen. Mögen die Völker nicht vergessen, welche schweren Gefahren am Horizonte erscheinen könnten, wenn die Aufgabe der Abrüstung nicht erfüllt wird.